

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

24. – 30. Januar 2026

Am 28. Januar hat Präsident Emmanuel Macron die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und den grönländischen Premierminister Jens Frederik Nielsen im Élysée-Palast empfangen. Macron bezeichnete die jüngsten Diskussionen um Grönland als „Weckruf für die strategische Verantwortung Europas“ und bekämpfte die Solidarität Frankreichs mit Dänemark und Grönland sowie die Unterstützung ihrer Souveränität und territorialen Integrität. Er betonte zudem die Notwendigkeit, die Sicherheit Europas in der Arktis zu stärken, sich gegen ausländische Einmischung und Desinformation zur Wehr zu setzen sowie den Klimawandel zu bekämpfen. Frederiksen und Nielsen unterstrichen, dass die Kooperation nicht nur Grönland, sondern die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur betreffe. Themen der Diskussion waren wirtschaftliche Zusammenarbeit, strategische Rohstoffe, Energie, Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Frankreich unterstützt die Aufnahme der iranischen Revolutionsgarden auf die europäische Liste der „terroristischen Organisationen“. Dies teilte das Élysée am 28. Januar mit. Die französische Regierung betonte, dass es „keine Tabus“ hinsichtlich des Status der Revolutionsgarden gebe, und bezeichnete die Gewalt gegen die Protestierenden als beispiellos in der modernen iranischen Geschichte. Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot kündigte an, dass die EU gezielte Sanktionen gegen die Hauptverantwortlichen der Repression verhängen werde. Ihnen soll der Zugang zum europäischen Hoheitsgebiet verweigert und ihre Vermögenswerte sollen eingefroren werden. Ziel sei es, alle Verantwortlichen vor Gericht zu bringen und für ihre Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Frankreich begrüßt die Entscheidung des EU-Parlaments, den EU-Mercosur-Handelsvertrag vom Europäischen Gerichtshof rechtlich prüfen zu lassen. Paris betrachtet diesen Schritt als Bestätigung der bisherigen Haltung des Landes und als wichtigen Beitrag zum Schutz der Landwirtschaft sowie der Ernährungssouveränität. Vor diesem Hintergrund kündigte Premierminister Sébastien Lecornu in einem offenen Brief an die Landwirte vom 22. Januar 2026 konkrete Maßnahmen an. So sollen die Regeln vereinfacht, die Kontrollen verschärft und notfalls gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um Importe zu stoppen, die europäische Standards nicht erfüllen. Darüber hinaus sollen Projekte zur Bewirtschaftung von Wasserressourcen beschleunigt und der Fonds für landwirtschaftliche Bewässerung verdreifacht werden.

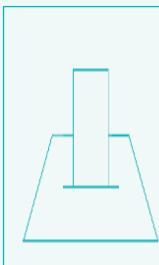
Nach viermonatigen intensiven Debatten steht Frankreich kurz davor, den Staatshaushalt für 2026 zu verabschieden. Nachdem der Haushaltsentwurf bereits in erster und zweiter Lesung mithilfe von Artikel 49.3 der Verfassung durchgesetzt wurde, will Premierminister Lecornu diesen Artikel am Freitag, dem 30. Januar, ein letztes Mal anwenden, um das Gesetz ohne parlamentarische Abstimmung zu verabschieden. Lecornu begründete diesen Schritt damit, dass Frankreich dringend einen Haushalt benötige, um die politische Unsicherheit zu beenden. Vor der voraussichtlich Anfang nächster Woche erfolgenden endgültigen Annahme werden erneut zwei Misstrauensanträge von *La France Insoumise* und dem *Rassemblement National* erwartet, die jedoch voraussichtlich scheitern werden. Die Regierung bezeichnet den Haushalt als „unvollkommen, aber notwendig“. Kritiker bemängeln hingegen steigende Defizite und eine zunehmende Staatsverschuldung.

Der französische Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ ist am Dienstag, dem 27. Januar, zum multinationalen Großübungsmanöver „Orion 26“ im Nordatlantik ausgelaufen. Der Flugzeugträger wird von Begleit- und Unterstützungsschiffen, darunter eine Luftabwehrfregatte, ein Versorgungsschiff und ein Angriffs-U-Boot, begleitet. Das Manöver hat auch strategische und diplomatische Bedeutung, da die Region regelmäßig von russischen U-Booten genutzt wird und die jüngsten Spannungen zwischen den USA und Europa hinsichtlich der Sicherheit Grönlands die Lage verschärfen. US-Präsident Donald Trump hat wiederholt seine Kritik an der europäischen Verteidigung des Gebiets geäußert. Ziel ist die Sicherung europäischer Interessen im strategisch sensiblen Atlantikraum.

Am 28. Januar 2026 lehnte der französische Senat die Gesetzesvorlage zum Recht auf Sterbehilfe mit 181 zu 122 Stimmen ab. Ursprünglich sollten auch Euthanasie und assistierter Suizid geregelt werden, doch diese Bestimmungen fielen weg und es blieb lediglich ein „Recht auf bestmögliche Schmerzbehandlung“. Die Debatten zeigten tiefe Gräben zwischen den politischen Lagern: Die konservative Mehrheit aus *Les Républicains* (LR) und Zentristen wollte das Gesetz deutlich verschärfen und an die bestehenden Regelungen anpassen, während linke Fraktionen die ursprüngliche Intention verteidigen wollten. Innerhalb der Fraktionen kam es zu abweichenden Stimmen, sowohl bei LR als auch bei den Zentristen. Linke Gruppen wie Sozialisten, Kommunisten und Ökologen stimmten größtenteils gegen die Vorlage. Das Gesetz geht nun zurück an die Nationalversammlung für eine zweite Lesung, bevor es erneut im Senat behandelt wird – mit einer möglichen endgültigen Entscheidung vor dem Sommer.

Zu Beginn dieser Woche hat die französische Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedet, das Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren den Zugang zu sozialen Netzwerken untersagt. Der Entwurf stammt von der Fraktion „Renaissance“ und wird von der Regierung sowie Präsident Emmanuel Macron unterstützt. Nun muss der Senat darüber beraten. Bei endgültiger Annahme wäre Frankreich nach Australien das zweite Land mit einer solchen Altersgrenze. Die Umsetzung ist schrittweise geplant: Ab dem Schulbeginn 2026 sollen neue Konten betroffen sein, ab dem 1. Januar 2027 alle Nutzer. Vorgesehen ist ein Altersverifikationssystem, für das Identitätsprüfungen oder Gesichtserkennung in Betracht gezogen werden. Die Europäische Kommission hat die Vereinbarkeit mit EU-Recht bestätigt. Die Kontrolle liegt bei den Plattformen. Bildungsangebote, Nachschlagewerke und private Messenger sind ausgenommen. Ziel ist es, Kinder besser zu schützen und ihre Online-Sicherheit zu gewährleisten.

#### PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der französische Rechnungshof (Cour des comptes) wartet weiterhin auf die Nominierung seiner neuen Präsidenten bzw. seines neuen Präsidenten. Der bisherige Präsident Pierre Moscovici hatte sein Amt zum 31. Dezember 2025 niedergelegt, nachdem er zum Europäischen Rechnungshof gewechselt ist. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers wird die Institution kommissarisch von Carine Camby geleitet, die Präsidentin der Ersten Kammer ist. Seit Moscovicis Weggang wird intensiv über die Nachfolge spekuliert. Derzeit gilt Rémy Rioux, Generaldirektor der französischen Entwicklungsgesellschaft AFD und früherer enger Mitarbeiter Moscovicis, als aussichtsreicher Kandidat. Innerhalb des Rechnungshofs wird zudem diskutiert, erstmals eine Frau an die Spitze der Institution zu berufen. Die Entscheidung über die Nachfolge liegt bei Emmanuel Macron. Politisch ist die Ernennung von besonderer Bedeutung, da das Amt des Präsidenten des Rechnungshofs nicht widerrufbar ist und lediglich durch eine Altersgrenze (bis Ende 67 Jahre) endet.

#### DIE ZAHL DER WOCHE

1,7 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	
9	8	2	0
			1

Im vierten Quartal 2025 stieg die Zahl der Arbeitslosen der Kategorie A – also Personen ohne jegliche Beschäftigung – um 2,6 % auf 3,3 Millionen. Auf Jahressicht 2025 beträgt der Anstieg 1,7 %, also rund 40.000 Personen. Kategorie A umfasst Arbeitslose ohne jegliche Tätigkeit, während Kategorien B und C auch Personen mit teilweiser Beschäftigung zählen. Ein wichtiger Faktor für die offiziellen Zahlen ist die seit Januar 2025 erfolgte Integration aller RSA-Bezieher (Revenu de Solidarité Active). Der RSA ist eine Grundsicherung für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen, die gleichzeitig verpflichtet sind, eine Beschäftigung zu suchen oder an beruflichen Maßnahmen teilzunehmen. Alle Arbeitsuchenden werden über *France Travail*, die staatliche Arbeitsagentur, erfasst. Insgesamt sind derzeit rund 6,5 Millionen Menschen bei *France Travail* gemeldet. Die offizielle Arbeitslosenquote wird für das Jahr 2026 auf etwa 7,8 % geschätzt, pessimistische Prognosen liegen bei bis zu 8,2 %.